

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Zentralverbandes der Bäcker, Konditoren, Lebküchler u. der Arbeiterkraft in der Süßwaren-, Keks-, Marmeladen- u. Teigwarenindustrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal 30 Mk.

Erscheint jeden Mittwoch
Redaktionschluss Sonnabend nachm. 3 Uhr

Insertionspreis pro sechsgepaßte Nonpareillezeile 9 Mk., für Zafüllstellen 2 Mk.

Die Seele der Massen.

Das größte Unglück in der heutigen Zeit ist, daß die leitenden Klassen so bitter wenig Rücksicht nehmen auf die keltischen Stimmungen und Regungen in den proletarischen Schichten, daß sie keine Ahnung davon haben, was in der Seele der Volksmassen vorgeht. In der Proletarierseele lebt zweifellos ein stark ausgeprägtes Gefühl für Recht und Gerechtigkeit, eine tiefe Sehnsucht nach Menschenwürde und sozialer Gleichwertigkeit. Wenn diese seelischen Triebe mit Füßen getreten und obendrein noch verhöhnt werden, so darf man sich nicht wundern, daß die innere Empörung immer mehr zunimmt und daß sie sich schließlich in äußeren Ergüssen Luft macht. Die Rutsche und Krawalle, die Ausschreitungen und Gewalttätigkeiten, zu denen sich die Massen hier und da hinreißen lassen, sind lediglich der Ausdruck der erregten Stimmung in den Unterschichten. Wie ein Feuer, das unter der Erdoberfläche glimmt, von Zeit zu Zeit mit elementarer Gewalt zum Ausbruch kommt und ungeheure Verwüstungen anrichtet, so bricht sich in unruhigen Zeiten auch der aufgespeicherte Unwille Bahn und richtet Unheil an. Die Verzweiflung, die der Haß und die Rachsucht gebiert, flammt auf und pflanzt sich fort wie eine Feuersbrunst; wie eine Rachegöttin durchschreitet sie die Bande und vernichtet Menschen und Dinge. Es gewinnt den Anschein, als wenn wir schweren Tagen entgegengingen, die dem deutschen Volke und dem deutschen Lande zum Verderben gereichen werden.

Soziale Quacksalber wollen das drohende Unglück beschwören durch allerlei Mittelchen, die aber nichts helfen. Sie empfehlen die Religion als das beste Heilmittel und sprechen von einer religiösen Erneuerung der leidenden Menschheit; sie schreiben dem Christentum die Kraft zu, die Unzufriedenheit einzudämmen und die Massen zur Besinnung zurückzuführen, sie predigen und mahnen, sie warnen und drohen, sie sehen Himmel und Hölle in Bewegung. Doch alle diese Bemühungen sind vergeblich, die hungernden Massen wollen nichts von diesem frommen Krims-krum wissen. Andere Heilkünstler wieder empfehlen die Gewalt als das Mittel, das Unheil zu bannen. Sie rufen nach dem starken Manne, der mit eiserner Faust die Aufstände unterdrückt und die empörten Massen zu Boden schlägt. Diese Gewaltpolitiker lachen über unser humanes Zeitalter, das die Unterschichten mit Glacéhandschuhen anfaßt und die soziale Frage mit Rosenwasser lösen will; sie wollen mit Blut und Eisen den Drachen der Empörung vernichten und die „aufgehobenen“ Massen mit Kanonen und Flintenkugeln zur Vernunft bringen. Darum fordern sie die Rückkehr zu dem „erprobten“ System des Konarchismus und Militarismus, unter dem der hauernde Säbel und die schießende Flinte eine Kirchhofsrube schaffte.

Bei näherer Betrachtung der Sachlage erkennt man leicht, daß beide Methoden für die Gegenwart die Heilkraft verloren haben. Weder die religiösen Heilarten noch die Gewaltmittel werden imstande sein, das Unheil zu bannen, weil sie beide lediglich an den äußeren Symptomen der Krankheit herumdohlern, aber an die Wurzeln des Übels nicht heranzutreten. Ein erfahrener Arzt, der aus Krankenbett tritt, sucht zunächst den Sitz und die Ursache der Krankheit festzustellen, und wenn ihm dies gelungen ist, wendet er Mittel an, um die Krankheit von innen heraus zu heilen. Er erklärt es für Quacksalberei, einen Kranken, dessen Körper voll Eiter und Gift ist, dadurch heilen zu wollen, daß man Pflaster auf die offene Wunde legt oder daß man dem Kranken einer Pferdedeckung unterzieht; er versucht vielmehr, den Eiterherd zu beseitigen, die giftigen Säfte aus dem Körper zu entfernen und dem Kranken gesundes Blut zuzuführen. So handelt auch ein vernünftiger Sozialpolitiker, indem er die Seele der Massen von den Giftstoffen befreit

und mit gesunden Säften erfüllen will. Er ist bemüht, solche wirtschaftlichen, sozialen, rechtlichen und kulturellen Verhältnisse zu schaffen, daß wieder eine zufriedene Stimmung in die Massenseele eingehen kann. Er fordert bewußte und planmäßige Rücksichtnahme auf das seelische Wohlbefinden der Massen, das natürlich abhängig ist von der wirtschaftlichen Lage.

Die schlechte wirtschaftliche Lage, in der sich das deutsche Proletariat gegenwärtig befindet, ist der Quell, aus dem die Unzufriedenheit und Unruhe, die Mißstimmung und Empörung der Massen entspringt. Ist es ein Wunder, daß sich die Seele der Massen aufbäumt gegen das himmelschreiende Unrecht, das darin liegt, daß die Produzenten und Händler, die Schieber, Spekulanten und Wucherer ein Augustleben führen, wie es ihnen niemals zuvor möglich gewesen ist, und daß sie obendrein noch ungeheure Reichtümer aufhäufen, während der proletarische Familienvater, die proletarische Familienmutter nicht imstande sind, auch nur die notwendigsten Ausgaben zu machen. Die Beobachtung, daß das Ausbeutertum aller Schattierungen Riesengewinne aufhäuft, während die ehrliche Arbeit mit einem Hungerlohn abgesperrt wird, muß selbstverständlich in den Massen ein bitteres Gefühl erregen und die Empörung zur Eichelhöhe steigern. Die Proletariermassen blicken mit banger Sorge in die Zukunft an deren Horizont die Massenarbeitslosigkeit als dräuendes Schreckgespenst auftaucht. Ist es da nicht eine Sünde und Schande, daß jede, auch die wahnsinnigste Preissteigerung als eine unabwehrbare Notwendigkeit hingenommen werden muß, während eine jede Lohnforderung als ein Beweis dafür bezeichnet wird, daß die Arbeiter- und Angestelltenchaft den Hals nicht vollkriegen könne? Wie muß es auf die Menschenseele wirken, wenn die Unternehmer sich gegen jede Lohn-erhöhung sträuben, wenn die Arbeitnehmer gezwungen sind, ihnen die höheren Löhne, die die Preissteigerung nicht einmal ausgleichen, gewissermaßen mit einer Kneifzange aus den Zähnen gerissen werden muß? Da darf man sich nicht wundern, daß die Arbeitslust und Schaffensfreude verschwindet, daß die Gleichgültigkeit und Interesselosigkeit wächst und daß dadurch die Arbeitsleistungen sinken. Nur der Arbeiter wird mit Lust und Liebe seine Arbeit verrichten; der mit innerer Anteilnahme an seiner Arbeit wirkt und schafft. Woher soll das Interesse an der beruflichen Tätigkeit kommen, wenn das Kapital Riesengewinne einheimst und die Arbeit mit einem nicht ausreichenden Lohn abgESPERRT wird? Diese Frage mögen sich die Arbeitgeber doch einmal vorlegen.

Neben der materiellen Entlohnung spielt auch die Frage eine wichtige Rolle, wie die Arbeit gesellschaftlich und rechtlich gewertet wird. Wie soll ein Arbeiter Freude an seiner Arbeit haben, wenn man ihn als minderwertigen Menschen, als einen Paria oder Sklaven betrachtet und behandelt! Nun gilt bekanntlich der moderne Arbeiter, rein theoretisch betrachtet, als gleichwertiger Mensch und gleichberechtigter Bürger; aber die Praxis straft diese Auffassung Lügen. Das Christentum tut sich allerdings viel darauf zugute, daß es die Arbeit zu Ehren gebracht, daß es dem Arbeiter eine Würde verliehen habe. Aber in der Wirklichkeit merkt man nichts von einer sozialen Gleichwertigkeit. Noch immer dünken sich „die Edelsten und Besten der Nation“, für die der Mensch erst beim Baron oder Leutnant anfängt, turmhoch erhaben über das „gemeine Volk“ und die „gewöhnlichen Leute“, die sie mit dem Namen Pöbel und Kanaille bezeichnen. Auch die Schieber, Spekulanten und Wucherer blicken mit grenzenloser Verachtung aus ihrem Auto herab auf den Mann im Arbeitsittel und die Frau in der Arbeitsbluse, die im Straßenschmutz dahinwandern. Und die höheren Bergeleiteten behandeln ihre Untergebenen vielfach von oben herab mit Geringschätzung als minderwertige Menschen, an-

statt in ihm die gleichwertigen Mitarbeiter zu erblicken. Der Augenschein lehrt es tagtäglich, daß jeder vom Schicksal Begünstigte, der auf der sozialen Leiter ein paar Stufen höher steht, sich für berechtigt hält, den Untertanen auf den Kopf zu spucken. Auch auf rechtlichem Gebiete wird der Proletarier noch immer zurückgesetzt. Zwar ist ihm durch Gesetz und Verfassung die Gleichberechtigung verliehen worden, und das gleiche Recht für alle gilt als Grundlage des menschlichen Zusammenlebens; aber dieser Grundsatz wird in der Praxis mit Füßen getreten. In Staat und Gemeinde soll der Arbeiter das Mitbestimmungsrecht haben und durch gewählte Vertreter seinen Willen kundtun. Dennoch aber halten „die nach Bildung und Besitz maßgebenden Volksschichten“, wie sie sich so gern nennen, an ihren Vorrechten und an ihrer Vormachtstellung fest; sie betrachten den Proletarier, der ihre Kreise stört, als einen frechen Eindringling, dem sie am liebsten den Zutritt verweigern möchten. Noch immer erheben sie Anspruch auf die höheren Stellen, die besser bezahlt werden und eine höhere Würde verleihen, und wenn ein tüchtiger Mann aus dem Proletariat in eine solche Stelle einrückt, höhnen und schimpfen sie darüber, daß ein ehemaliger Arbeiter sich erfrecht, eine Stelle zu bekleiden, die nur den Vornehmen zusteht. Und wie es mit der Gleichberechtigung im Wirtschaftsleben bestellt ist, haben wir auch zur Genüge erfahren. Wohl ist den Arbeitern und Angestellten das Mitbestimmungsrecht verliehen worden; aber zahlreiche Unternehmer und Betriebsleiter wollen nichts davon wissen. Sie vertreten noch immer den Standpunkt, daß sie Herren im Hause seien, und sie haben keine Lust, auf die Alleinherrschaft zu verzichten. Die Betriebsräte können ein Lied davon singen, wie die Kapitalproben diese Gleichberechtigung auffassen.

Die Proletarierseele empört sich gegen das Unrecht, das man dem Arbeiter antut, indem man ihn wirtschaftlich ausbeutet, gesellschaftlich zurücksetzt und rechtlich herabdrückt. Der moderne Proletarier fordert ein menschenwürdiges Dasein; er will so leben können, wie es einem Kulturmenschen zukommt. Darum erhebt er einen Anspruch auf eine ausreichende materielle Existenz, auf Wissen, Bildung und Kultur, auf Ehre, Achtung und Menschenwürde, auf Recht und Freiheit und Persönlichkeit. Diese Ansprüche stoßen auf den hartnäckigen Widerstand der Kapitalisten und Reaktionäre, die den Aufstieg des Proletariats zu verhindern suchen. Darum gärt es ohne Unterlaß in den Massen, die sich innerlich und äußerlich gegen das Unrecht aufbäumen. Das ist kein Reib der besitzlosen Klasse, wie gesagt wird, das ist auch nicht das Ergebnis einer Verheißung, das ist der Ausdruck eines stark entwickelten Rechtsbewußtseins und Selbstbewußtseins. Der moderne Proletarier ist nicht mehr das stumpfsinnige Arbeitstier, das sein Los in Geduld und Ergebung trägt; er ist auch nicht mehr das rückständige Schaf, das sich geduldig scheren läßt, weil man ihm eingeredet hat, daß der Herrgott dies eingerichtet habe und daß er diese Geduld im Jenseits belohnen werde; er ist vielmehr zum Bewußtsein seines Wertes und seiner Bedeutung erweckt und fordert sein Recht. Und weil man ihm sein gutes Recht vorenthält, weil man mit der Seele der Massen Schindluder treibt, deshalb geht ein tiefer Niß durch die Welt. Daher diese Unruhe und Zerrissenheit, dieser Groll und Haß, dieser Streit und Kampf, der die Menschheit in Atem hält. Soll hier Wandel geschafft werden, so muß dafür gesorgt werden, daß die proletarischen Massen in eine seelische Stimmung versetzt werden, die Zufriedenheit, Freude am Dasein und Freude an der Arbeit erzeugt.

F. L.

Gelesene Zeitungen werden an unorganisierte Kollegen und Kolleginnen weitergegeben.

Neue Lohnzulagen in der Kunsthonigindustrie.

Am 26. Oktober tagte in Berlin das Tarifamt für die Kunsthonigindustrie und beschäftigte sich mit der Forderung neuer Lohnzulagen. Die letzten Abmachungen liefen bekanntlich seit dem 2. Oktober still, und die wirtschaftliche Lage der Arbeiterklasse hätte schon früher neue Verhandlungen notwendig gemacht.

Es gelten also bis dahin die folgenden Stundenmindestlöhne. Es erhalten:

Table with 2 columns: Worker category and Hourly wage. Includes categories like 'Vorarbeiter, Kocher' and 'Konditorinnen' with wages ranging from 48 to 100 marks per hour.

Hierzu kommen, wie immer, die Ortszuschläge.

Das Aktienkapital in der deutschen Kakao- und Schokoladenindustrie.

Die Kapitalerhöhungen, von denen wir jeweils im Verbandsorgan berichteten, haben auch in den verfloßenen drei Vierteljahren, seit Ende 1921, im allgemeinen eine bedeutende Zunahme aufzuweisen. Wir berichteten in Nr. 18 über den Stand der Gesamtaktiva von 31 Aktiengesellschaften in Höhe von 361,750 Millionen Mark.

Nach härter als die Zunahme der Gesellschaften wurde das Aktienkapital erhöht. Diese 45 Firmen arbeiten mit einem Gesamtkapital von 636,050 Millionen Mark. Die Erhöhung bei den einzelnen Firmen schwankt zwischen 30 und 75%.

In letzter Zeit macht sich hinsichtlich der Neugründungen eine merkliche Abnahme bemerkbar. Das mag seine Ursache haben in der abgeklungenen Hochkonjunktur und der herausgehenden Krise, die wenig verlockend für gewinnbringende Auflegung von Geldern ist.

Die bedeutende Erhöhung des Aktienkapitals zeigt aber auch, daß die verfloßenen Jahre für die Kakao- und Schokoladenindustrie goldene Zeiten waren. Wenn wir uns die Firmen betrachten, die nach vor einem Jahre mit ganz anderen Aktienkapitalien erschienen und jetzt mit den größten Betrieben wirtschaften, so ist doch der Beweis erbracht, daß nicht gut verdient wurde.

Das Ergebnis über die Entwicklung der Aktiengesellschaften seit Gründung des Krieges widerlegt nicht alle Behauptungen der Unternehmernotstandstheorien. Es ist dann verständlich, daß die Arbeiterklasse in dieser Industrie es niemals verstanden kann, wenn sie zum Leben selbst das Allernotwendigste beschaffen werden sollte.

Wenn die Unternehmer mit solcher Unverständnis die Arbeiterklasse betrachten, so ist es ihnen unmöglich, die Arbeiterklasse zu empfangen, wenn auch die nötige Unternehmernotstandstheorie gelehrt werden. Die Entwicklung der Aktiengesellschaften ist ein Spiegelbild über die Entwicklung der Wirtschaft.

Die Arbeiter und Arbeiterinnen haben daher mit Recht auf einen solchen Anteil des Reichtums, daß auch sie ein Leben mit ihren Familien leben können, und jedem jenseitige Sorgen, mit denen ihnen das ermöglicht wird.

Übertretungen des Nacht- und Sonntagsbrotverbots im September.

Die Zahl der im September erfolgten Anzeigen beträgt 168. Sie richten sich gegen folgende Übertretungen: Beginn der Arbeit vor 6 Uhr morgens in 111 Bäckereien, Arbeit nach 10 Uhr abends in 9 Bäckereien, Nachtarbeit in 15 Bäckereien, Sonntagsarbeit in 19 Bäckereien und 8 Konditoreien, regelmäßige Übertretung der achtstündigen Arbeitszeit in 6 Fällen.

Wenn selbst in der heutigen Zeit der wirtschaftlichen Schwierigkeiten, unter denen gerade die Bäckereien und Konditoreien zu leiden haben, es immer und immer wieder Vertriebsinhaber gibt, die die gesetzlichen Vorschriften mißachten, obgleich eine öffentliche Notwendigkeit dafür, daß etwa die gezielte zulässige Betriebszeit nicht ausreichend ist, nach keiner Richtung nachgewiesen werden kann, so beweist es am deutlichsten, daß nur niedrige Konkurrenz- und Profitlust die Triebfeder für die vorkommenden Übertretungen sind.

In Berlin beträgt beispielsweise die Bestrafung in einem Falle 50 M und in einem andern Falle 100 M. Diese Strafbeträge entsprechen kaum einem Stundenlohn! Um so interessanter klingt es, wenn in der Strafverfügung für die Geldstrafe von 100 M eventuell eine Gefängnisstrafe von 5 Tagen vorgezogen ist.

Die Gewerkepolizei in Köln hat zur wirksamen Durchführung der Kontrollen einen Hilfsbeamten angestellt. Es liegt an den Gehüfen selbst, diese Tätigkeit nach Kräften zu unterstützen, vor allem aber jede Übertretung zu verhindern.

Eine unberantwortliche Ausnutzung besonders der Lehrlinge durch Beschäftigung bis zu 12 und 14 Stunden wird uns übrigens aus mehreren Orten gemeldet. Die schwersten Strafen wären hier am Platze, wenn der Schutz des Menschen höchsten Gesetz sein würde.

Aus Frankfurt a. M. wird uns gemeldet, daß ein Gehülfe wegen Arbeitsbeginns vor 6 Uhr morgens mit 300 M und Tragung der Kosten bestraft worden ist, während der mitangelegte Arbeitgeber freigesprochen wurde. Es kann selbstverständlich nichts schaden, wenn die Strafen im vollen Umfange auch gegen Geheilen, die der Durchbrechung des Nachtbrotverbots so unvernünftig Vortritt leisten, angewendet werden.

Unsere Kassberger Agitationsleitung berichtet, daß in 5 Häusern die Polizeiorgane die Bäckermeister, die dort durchweg der Übertretung überführt wurden, mehr als rüchrichtsbillig behandeln. Grundsätzlich wird dieses vielleicht dadurch, daß der Bürgermeister selbst Bäckermeister ist.

Wie wir jetzt vorgelegt, müssen die Beschäftigten in erster Linie selbst für die Einhaltung der Tagesarbeit und Sonntagsruhe eintreten, wenn diese erhalten bleiben sollen. Der letzte Weltkrieg der Bäckereiarbeiter hat in seinem Manifest sich ebenfalls auf alle zur Mitarbeit gewandt. In diesem Sinne muß daher jeder handeln, der nicht die früheren Zustände wiederkehren lassen will.

Gewerkschaftsmitglieder und Landtagswahl in Sachsen.

Der jährliche Landtag ist mit den bürgerlich-kommunistischen Stimmen aufgelöst worden, und am 5. November steht das jährliche Votum vor der Entscheidung, ob es den Reaktionsären von einst das Stimmrecht wieder überlassen will, oder ob die soziale Republik ihre fruchtbare Arbeit weiter betreiben soll.

Als der Landtag 1920 mit einer sozialistischen Mehrheit den 2 Stimmen zusammentrat und allen Anordnungen zum Trotz die rechte Arbeiterregierung, bestehend aus Mehrheitsgewerkschaften und Unabhängigen mit Unterstützung der Kommunisten bildete, da waren sich die Gegner der sächsischen Verfassungskonferenz darüber, daß bei der Stärke des Bürgertums und der unerschrockenen Politik der Kommunisten diese Lösung sehr gewagt erschien. Denn die wirtschaftliche Not des industriell hochentwickelten Landes und der Kampf um Staatsmacht waren besonders die Durchführung sozialer Maßnahmen recht unangenehm. Heute kann dagegen gesagt werden, daß dieses Experiment geglückt ist, und daß die sozialistische Regierung in den zwei Jahren ihres Bestehens in jeder Hinsicht geradezu beispielhaft gewirkt hat.

Die Verwaltung und die Justiz sind mit zähester Energie demokratisiert, die reaktionären Elemente in ihr entfernt und Sozialisten und gute Republikaner mehr und mehr zu Amtskandidaten, Kreisvorständen, Gemeinderäten, Polizeipräsidenten, Staatsanwälten und Richtern ernannt worden. Die eingetragene Gemeinderäteform sollte dieses Werk der Demokratisierung vollenden und den Mehrheitswillen des Volkes auch in der Gemeinderatsverwaltung zur Geltung bringen.

Ein Hauptverdienst liegt bei der Regierung und der Landtag auf die Freigabe und Erweiterung der Arbeiterrechte. 37 Forderungen und Erwerbserleichterungen sowie zu Gewerkschaften wurde eine Anzahl gesetzlicher Arbeitererleichterungen, unter anderem um das Gehalt, das aus Interessenkonflikten gegen diese Forderungen erhoben wurde. Bei anderen den Arbeitererleichterungen haben die Arbeitergewerkschaften der Regierung in energischer Weise für die berechtigten Forderungen der Arbeiter ein und verteidigten in einer großen Anzahl von Fällen, daß der rüchrichtsbillige Nachwille der Unternehmernotstandstheorie sich in Lohnkämpfen und Ausperrungen äußerte. Die energische Durchführung des erlangenen Arbeiter-

stundenverbotes sorgte dafür, daß die Arbeitslosigkeit auf das geringste Maß beschränkt wurde. Die wirtschaftlich stark daniederliegende vogtländische Spitzenindustrie wurde durch Verpflanzung neuer Industrien umgestaltet und lebensfähig gemacht. Für 29 000 Erwerbslose konnte durch Einrichtung von Notstandsarbeiten eine erhöhte Erwerbslosenunterstützung beschafft werden. Für produktive Erwerbslostenfürsorge wurden im Jahre 1921 nicht weniger als 24 Millionen Mark verausgabt. Das Wirtschaftsministerium beauftragte die Landesstelle für Textilnotstandsversorgung mit der Organisation von Aufträgen in Bekleidungsmaterial und Wäsche und bestimmte, daß die Preiskalkulation der Auftrag erhaltenden Industriellen unter die Kontrolle der Gewerkschaften gestellt wurde. Durch diese Notstandsversorgung sind der minderbemittelten Bevölkerung für über 100 Millionen Mark erheblich verbilligter Textilien, Kleidungsstücke und Schuhwaren zugeführt worden. Das frühere Reichsbekleidungsamt Dresden wurde in ein gemeinwirtschaftliches Unternehmen umgewandelt, an dem außer der Staatsbank die Großkaufmannschaft Deutscher Konsumvereine und die Produktionsgenossenschaft der Schneider in Dresden und Seiffenhennersdorf beteiligt sind. Sodann wurde ein Arbeitnehmerkammergesetz eingebracht, das der Arbeiterklasse die Möglichkeit geben soll, in allen wirtschaftlichen und beruflichen Fragen der Regierung beratend und gutachtlich zur Seite zu stehen, und damit ein Gegengewicht zu den Gewerbe- und Handelskammern zu bilden. Die gleiche Absicht verfolgte die Regierung in dem eingebrachten Landwirtschaftskammergesetz, das den Einfluß der Großagrarier in der landwirtschaftlichen Produktion und Preisbildung eindämmen und den Landarbeitern zum erstenmal ein Mitbestimmungsrecht auf diesen Gebieten geben sollte. Die Staatswirtschaft wurde unter Mithilfe der Arbeitervertretung durch das Staatswirtschaftsamt in vorbildlicher Weise wieder aufgerichtet. Elektrizität, große Kohlenwerke, Landwirtschaftsbetriebe usw. dem privaten Ausbentertum entzogen, der Gesamtheit mit bestem Erfolg dienstbar gemacht und damit gleichzeitig der Sozialisierungsgedanke bereichert. Für den Wohnungsbau wurde die doppelte Summe bereitgestellt, die der Staat auf Grund des Reichsgesetzes zu geben verpflichtet war. In der Wohlfahrts-, Säuglings- und Kleinkinderpflege, im Mutterchutz und in den Mütterberatungsstellen wurde vorbildlich gearbeitet, die Jugendwohlfahrt ausgebaut, die Tuberkulose-, Krüppel- und Erholungsfürsorge in gründlichster Weise gefördert und allorts Arbeiterwohlfahrtsausschüsse gegründet, die mit staatlichen Mitteln die Wohlfahrtspflege in andere Bahnen lenken. Der Arbeitersportbewegung wurde die denkbar größte Unterstützung zuteil. Auch die Polizei konnte umgestellt und zu Dienern der sozialen Republik gemacht werden.

Gutlich ging die Regierung an die Umbildung des Volksschulwesens. Durch die Umwandlung der Lehrerseminare wird der heranzubildende Volksschullehrer auf die sozialen Ideen der neuen Republik und die neuesten Methoden der Pädagogik eingestellt und in der Aufzucht 300 Kindern des Proletariats jährlich die Möglichkeit gegeben, auf Kosten des Staates eine Gymnasialbildung zu erhalten. Den Rahmen dieser geistigen Umstellung vollendete das Schulbedarfsgesetz, das die Volksschulbildung gründlich vertieft, den Lehrern zum besten des Staates macht und ihn somit aus den Fesseln einer rückständigen Gemeindepolitik befreit.

Daß all diese Maßnahmen nur unter dem energischsten Widerstand der bürgerlichen Parteien durchgeführt werden konnten, und daß die sozialistische Regierung diesen Parteien immer unbequemer wurde, versteht sich von selbst. Als daher der Landtag noch zwei christliche Feiertage abschaffte und dafür den 1. Mai und den 9. November zum gesetzlichen Feiertag erhob, da schrie die Reaktion auf und forderte stürmisch die Auflösung des Landtages.

Dieses Verlangen wurde zwar zunächst abgelehnt, doch stellten die Bürgerlichen das Volksbegehren auf Auflösung des Landtages. Die Regierung war keineswegs gewillt, dieser Auflösung aus dem Wege zu gehen, doch erklärte sie offener, daß zunächst einmal die wichtigsten vor der Verabschiedung stehenden Gesetze durchgebracht werden müßten, unter andern die Gemeinderäteform, das Arbeitnehmerkammergesetz, das Landwirtschaftskammergesetz, das Gesetz der Beamten zum Schutze der Republik und andere mehr. Ebenso, daß sie Zeit zu gesetzgeberischen Maßnahmen benötige, um der durch die Marktwertung herausbesprochenen Not und dem Hunger zu steuern.

All das hätte auch durchgesetzt werden können, wenn nicht die Kommunisten, kommandiert von Berlin und Moskau, plötzlich der Regierung und den sozialistischen Parteien in den Rücken gefallen wären. Denn um die durch die Feuertaube entstandene Erregung in den wertvollen Massen parteipolitisch auszunutzen, stimmten diese Arbeitervertreter mit den größten Feinden der Arbeiterklasse, den Deutschnationalen und der Deutschen Volkspartei, für die Auflösung.

Da die sächsische Regierung mit ihrer vorbildlichen Politik auch im Reich und in andern Ländern stets als Träger und Wegweiser auftrat, sieht die gesamte deutsche Reaktion dem Ausgange des Wahlkampfes mit größter Spannung entgegen. Siegt in Sachsen das Bürgertum, dann fällt das feste Bollwerk der deutschen Republik, dann verdrängt ein Anarchist und Stürmer auf sozialem Gebiete. Deshalb haben ganz besonders die sächsischen Gewerkschafter das größte Interesse an der Erhaltung einer sozialistischen Regierung, ganz besonders in einer Zeit, in der die Gegner der Arbeiterklasse sich anjuchzen, eroberte Positionen der Gewerkschaften abzugeben.

Kein gewerkschaftlich organisierter Kollege darf daher am 5. November der sächsischen Wahl fernbleiben! Wählt die Vereinigte Sozialdemokratie teil! Das ist die Parole unserer sächsischen Kollegen, und ihrer wahlberechtigten Angehörigen am 5. November.

Schlingenswesen.

Für die tarifliche Regelung der Lehrlingsentschädigung

entschied sich in letzter Zeit das Oberlandesgericht Hamm und erklärte, daß die tarifvertragliche Regelung der Lehrlingsentschädigung gesetzlich zulässig ist. Da sich jedoch die unterlegene Partei - die Schloßerinnung in Essen - mit diesem Urteil nicht zufrieden gab, so wird nach dem Reichsgericht in letzter Instanz entscheiden müssen.

Dividende von 6 % auf die Vorzugsaktien eine Dividende von 40 % (12 % für ein halbes Jahr) auf die Stammaktien gezahlt werden.

In den volutaschwachen Ländern des Ostens machen sich Anzeichen von Neugründungen bemerkbar. In Kowno wurde die Aktien-Gesellschaft „Lilla“ mit einem Stammkapital von 20 Millionen Mark errichtet.

Polizei und Strafrecht.

Ein unverbesserlicher Gescheßverächter. Der Bädermeister Artur Kette in Gohlis ist schon zweimal wegen Mißachtung des Nachtschadverbots bestraft worden, ohne daß aber die Strafe auf ihn bessernd gewirkt hätte.

Mit Herrn Kettes Freiden hatten sich auch die 32 Bädermeister des Stadtteils bereits in einer Versammlung befaßt, und sie hatten beschlossen, Kette zu kontrollieren.

Der Angeklagte Kette leugnete alles glatt ab und führte die Beschuldigungen auf Nachlässigkeit oder Konkurrenzneid zurück.

Das gezielte Nachtschadverbots würde bald in allen Bädereien strikte eingehalten werden, wenn alle Gerichte gegen die Gescheßverächter solche Urteile fällen würden, wie in diesem Falle das Leipziger Schöffengericht.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Die Urabstimmung im Dachbäderverband in der Zeit vom 16. bis 21. Oktober ergab, abgesehen sich seit Monaten das Verbandsorgan für die Verschmelzung mit dem Bädereigenschaftsverband einsetzte und auf mehreren Verbandstagen die Delegierten für den Anschluß eintraten, die Ablehnung der Verschmelzung.

Allgemeine Rundschau.

Die Großhandelspreise sind nach dem Index der „Antriebs- und Handelszeitung“ in der dritten Oktoberwoche auf das 566.2fache gegen das 1.10fache in der Vormonatsperiode gestiegen.

Kaffeeverbrauch und Umsatz. Wie ist in Deutschland so viel verbraucht worden wie heute. Ein Zeichen, wenn auch nicht des Wohlstandes, so doch der Verschwendung.

Internationaler Friedenstourismus. Vom Internationalen Gewerkschaftsverband (Amsterdamer) wird zum 10. Dezember 1922 nach dem Gang der Friedensbewegung ein Kongress der europäischen Gewerkschaften einberufen.

Bilanzen des großen Bädermarktes. Der von den Bädereigenen für ihre Zwecke angelegte Bericht zeigt jetzt schon den Jahrestand — die Herren können also ihre Bilanz machen.

Kriegskosten und ihre Finanzierung. Er kommt zu folgenden Beträgen für die einzelnen Länder:

Table with columns: Land, Dollar, Goldmark. Includes entries for Vereinigte Staaten, England, Kanada, Australien, Neuseeland, Südafrika, Indien, Ber. brit. Kolonien, Frankreich, Rußland, Italien, Belgien, Serbien, Rumänien, Griechenland, Japan, Sonstige Verbündete.

Table with columns: Mittelmächte, Dollar, Goldmark. Includes entries for Deutschland, Oesterreich-Ungarn, Türkei, Bulgarien, Zusammen.

Die Kriegskosten der beiden feindlichen Mächtegruppen zusammen betragen demnach 208 305 831,222 Dollar, das sind 906 130 452 815,70 Goldmark, also fast 1000 Milliarden Goldmark.

In diesem Zusammenhang mag seine Aufstellung über die Gesamtstaatsschulden der sämtlichen Staaten der Erde von Belang sein.

Table with columns: Ereignis, Summe. Includes entries for nach dem Frieden von Utrecht 1713, nach der französischen Revolution 1793, nach den napoleonischen Kriegen 1806, nach dem deutsch-französischen Krieg 1873, im Jahre 1897, 1914, 1915, 1916, 1917, 1918, 1919, 1920.

Zieht man von der Summe von 1920 die Summe von 1914 ab, so kommt man in der Zeit ungefähr auf jene Summe, die er als Kriegskosten der beiden Mächtegruppen errechnet hat.

Literarisches.

Die Heinrich-Dietz-Gesellschaft. Am Grabe des Genossen Heinrich Dietz gelobte die Sozialdemokratische Partei, im Geiste dieses großen Bahnbrechers der wissenschaftlich-sozialistischen Literatur fortzuwirken und in der Form einer Heinrich-Dietz-Gesellschaft den Sozialismus zu einer weltverändernden Wissenschaft durch die Herausgabe bewährter alter und neuer selbständiger Forschungsarbeiten auszubauen.

Versammlungs-Anzeiger

Table with columns: Ort, Datum, Uhrzeit. Lists meetings in places like Blankenburger Hof, Bismarckstr., etc.

Table with columns: Ort, Datum, Uhrzeit. Lists meetings in Frankfurt a. M., Nürnberg, Regensburg, etc.

Table with columns: Ort, Datum, Uhrzeit. Lists meetings in Hamburg-Altona, Hannover, etc.

Table with columns: Ort, Datum, Uhrzeit. Lists meetings in Chemnitz, Dresden, etc.

Table with columns: Ort, Datum, Uhrzeit. Lists meetings in Bergedorf, Ebersfeld, etc.

Spätestens am 4. November ist der 45. Wochenbeitrag für 1922 (5. bis 11. November) fällig.

Advertisements for Nachruf (August Hartmann) and Werbt neue Mitglieder!

Advertisement for Gesangverein „Concordia“, Hannover, mentioning a 41st anniversary.